

Apels Alleingang

Finanzminister Hans Apel ist mit seiner Ankündigung, ab 1980 die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, weit über alle Koalitionsabsprachen hinausgespracht. Weder Kanzler Helmut Schmidt noch die politischen Spitzen des Koalitionspartners FDP waren in Apels Pläne eingeweiht, als er damit an die Öffentlichkeit ging. Schmidt, der Apel eine falsche Taktik vorwirft, weil er fürchtet, die CDU/CSU werde nun unablässig eine frühere Steuersenkung fordern, reagierte entsprechend verär-

gert: „Den Apel hat wohl mal wieder sein Pferd getreten.“ Die Freien Demokraten antworteten konzilianter: Sie wollen sich nun dafür einsetzen, daß die Steuern schon mit Wirkung von 1979 herabgesetzt werden.

Abfuhr für Friderichs

Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, unter Beschuß des linken FDP- und SPD-Flügels, kam vergebens beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um Hilfe ein. Seine Bitte, die fünf

Weisen möchten eine Sonderexpertise anfertigen, beschied Ratsmitglied Armin Gutowski abschlägig: „Wir haben unser Statement abgegeben.“ Darin hatten die Experten, zuletzt bei der Konzentrierten Aktion am 5. Juli, der Bundesregierung zu stärkerer Förderung von Privatinvestitionen geraten. Mit einer Bestätigung dieser Empfehlung in einem Sondergutachten wiederum hoffte Friderichs, gegen seine Widersacher in beiden Regierungsfractionen antreten zu können, die durch expansive Staatsausgaben im Haushalt 1978 die Konjunktur ankurbeln wollen.

Polizei-Aufrüstung gegen radikale Atom-Protestler

Westdeutschlands Polizei rüstet für neue und zunehmend schwierige Auseinandersetzungen mit militanten Kernkraftgegnern. Denn aus den teilweise blutigen Kämpfen im schleswig-holsteinischen Brokdorf und im niedersächsischen Grohnde haben die Ordnungshüter den Eindruck gewonnen, daß sich „die Rechtsbrecher mit beachtlicher krimineller Energie... die deutlich günstigere operative Position geschaffen haben“.

In einem unlängst von der Innenministerkonferenz (IMK) zur Kenntnis genommenen vertraulichen Erfahrungsbericht leitender Polizeibeamter heißt es dazu weiter:

Die Radikalen sind von der Improvisation zu systematischer überörtlicher Organisation übergegangen. Die Anwendung von Gewalt auch gegen Personen hat erheblich zugenommen; die Inkaufnahme von Todesfolgen wird ausdrücklich erklärt. Die Polizei wird zunehmend ... ausgespäht; Polizeitaktik und -schwachstellen werden exakt ausgewertet und in ein operatives Aktionsprogramm der Störer umgesetzt. Vergleichende Bewertungen beider Konzepte kursieren beim Störer. Die Strategen der Störer scharmen ihre Absichten, Planungen und Maßnahmen sorgfältig vor den Sicherheitsorganen ab.

Da nach Ansicht der Polizei-Experten weitere Großaktionen „mit Sicherheit zu erwarten“ und „als neue Aktionsform auch handstreichartige Überfälle wahrscheinlich“ sind, verständigten sich die Innenminister auf einen Katalog von Sicherheitsmaßnahmen, der „unverzüglich umgesetzt werden“ soll.

Als vordringlich gilt den Abwehrstrategen eine weiter intensiviertere Zusammenarbeit der Länderpolizeien, denn, so das IMK-Konzept:



Demonstranten-Kontrolle vor Brokdorf

Nur der geschlossene Einsatz unter einheitlicher Führung kann den Erfolg gewährleisten ... Den höchsten Einsatzwert haben ständig bestehende geschlossene Einheiten ... Die Einheiten müssen wegen der zunehmenden Häufigkeit länderübergreifender Einsätze bundesweit einheitlich organisiert, gegliedert, ausgebildet und ausgestattet sein ... Anzustreben ist, daß alle Polizeivollzugsbeamten bis zum Alter von ca. 40 Jahren die Anforderungen für den geschlossenen Einsatz beherrschen ...

Um der „auf Überraschung angelegten Störertaktik“ begegnen zu können, werden für den Transport der Polizeikräfte „mehrere, nach taktischen Gesichtspunkten über das Bundesgebiet verteilte Transporthubschrauberbasen“ empfohlen. Verschärft werden soll die vorbeugende Kontrolle des harten Kerns der Atom-Gegner — zum Beispiel durch „Einführung eines Meldedienstes für Personen, die verdäch-

tig sind, an der Vorbereitung und Durchführung von Gewalttätigkeiten“ beteiligt zu sein und durch Beschlagnahme nicht nur von „gefährlichem Gerät“, sondern auch von „Schutzhelm Gasmasken pp.“ möglichst schon am Abfahrtsort der Protestler.

Nicht zuletzt soll auch die Ausrüstung der Beamten ergänzt und verbessert werden, etwa durch weitreichende Reizstoffsprüngeräte, die den „Kampf Mann gegen Mann unnötig machen“, durch neue Schutzschilde und eine Einsatzbekleidung mit erhöhter Schutzfunktion „gegen Schlag, Stoß und Feuer“.

Daß die Polizeiplaner mit langfristigen Auseinandersetzungen um Kernkraftanlagen rechnen, belegt Punkt 2.5 des IMK-Papiers. Zur Versorgung heißt es da: „Verladbare Toilettenanlagen sind zu beschaffen.“